

Eiüberer Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der "Eiüberer Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementpreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgesetzte Pessizelle oder deren Raum 35 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pf., auswärtige Anzeigen 45 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 30.

Dienstag, den 5. Februar 1918.

25. Jahrg.

Die russische Tragödie.

Der Waffenstillstand an der östlichen Front hat dem russischen Volk nicht die Ruhe und Wiederaufbau friedlicher Verhältnisse im Innern gebracht. Die von der Front zurückgezogenen Truppen stehen heute zum großen Teil schon wieder im Feuergefecht. Nicht mehr gegen Deutsche und Österreicher, aber gegen Ukrainer, Finnländer, Rumänen, oder auch gegen andersgesinnte Volksgenossen im eigenen Lande. Der Bürgerkrieg hat den Kampf aller gegen alle entfesselt und es besteht wenig Aussicht, daß der Friede mit den Mittelmächten, wenn er jetzt zustande käme, diesem inneren Krieg bald ein Ende bereiten würde. Zwar müssen heute alle Nachrichten über russische Zustände mit noch mehr kritischem Salz als sonst gemessen werden. Denn das Bestreben der bürgerlichen Presse aller Länder geht dahin, das Bolschewiki-Regiment als die wildeste Barbarei hinzustellen, vor der alle Greuel des Zarismus zu einer harmlosen Volksbelustigung verblasen. So stehen die Dinge in Wahrheit sicher nicht. Es mag schlimm zugehen in Petersburg und in Moskau, in Kiew, in Charlow und den anderen großen Städten des weiten russischen Reiches, aber im schlimmsten Falle wiederholt sich doch nur, was unter dem alten Sowjet an der Tagesordnung war. Der Unterschied besteht nur darin, daß jetzt die Rollen vertauscht sind. Und deshalb ist der einzige berechtigte Vorwurf, den man gegen die jetzigen maximalistischen Machthaber erheben kann, der, daß sie sich nicht Mühe gegeben haben, eine bessere Rolle zu erlernen, eine Rolle, die Russland vor dem Schicksal bewahrt hätte, das alte Trauerspiel in neuer Ausstattung erleben zu müssen.

Man wird auch dann noch zugeben müssen, daß die Maximalisten, als die Macht ihnen zufiel, sich in einer schwierigen Zwangslage befanden. Zum Frieden zu kommen und darüber auch vor dem Bruch mit der Entente nicht zurückzuschreiten, war ohne Frage ihr ehrlicher Wille. Dann aber mußten sie gewißtig sein, daß die „kompatte Majorität“ des Bürgertums mit allen Mitteln auf ihren Sturz hinarbeiten würde, um die Arbeiter um die Früchte des Friedens zu pressen. Das zu verhindern lag durchaus im Interesse derer, die den Bolschewiki zur Macht verholfen hatten. Es war ihnen also nicht zu verdenken, wenn sie den Frieden nur unter Bedingungen annehmen wollten, die ihnen nicht den Vorwurf des Landesverrats einbringen könnten. Soweit ist ihr Widerstand gegen die bedingungslose Preisagabe aller Gebiete, die früher zum russischen Reich gehörten, jetzt aber nach nationaler Selbstständigkeit streben, durchaus verständlich. Erst recht natürlich ihr Widerstand gegen Ansprüche, die das Wirtschaftsleben Russlands in dauernde Abhängigkeit von anderen Staaten gebracht hätten. Jeder das russische Volk in seiner Gesamtheit bedrückende Friedensschluß wäre sicherlich das Signal zum Sturz der Bolschewiki-Regierung geworden. Wenn man ihr im Stillen vielleicht trockenstellte dafür gedankt hätte, daß sie nur überkaupt den Frieden zu schließen gebracht, so wäre doch bei den unvermeidlichen politischen Kämpfen im Innern dieser Friedensschluß ihren Gegnern der brauchbarste Vorwand gewesen, um sie für alles Elend des Landes verantwortlich zu machen und ihnen das Vertrauen des Volkes zu entziehen.

Um sich hiergegen zu sichern und doch den Frieden um jeden Preis herbeizuführen, blieben den russischen Maximalisten dann noch zwei Wege offen. Sie konnten sich mit den anderen sozialistischen und bürgerlich-demokratischen Parteien ihres Landes in die politische Macht teilen und so von vornherein verhindern, daß die inneren Kämpfe sich wieder bis zur gewaltfamen Auseinandersetzung zuspielen. Das wäre natürlich nur unter erheblicher Abdrückung ihrer politisch-ökonomischen Prinzipien möglich gewesen. Aufhebung des Privateigentums, Bewaffnung aller Arbeiter und Entwaffnung aller Besitzenden nebst anderen idealen Forderungen hätten dann aus dem Programm gestrichen werden und es hätte riskiert werden müssen, daß Russland noch etwa 200 Jahre auf die völlige Durchführung des Sozialismus warten müßt, wie das in der einzigen Sitzung der Konstituante ein Redner durchaus zutreffend ausgeführt hat.

Die Bolschewiki, aber besser gesagt: die Maximalisten, die den Kern der Bolschewiki-Partei bilden, haben in Betracht dessen den anderen Weg erwählt. Sie hielten die 200 Jahre für einen Umweg und versuchten, kürzer zum Ziel zu kommen. Sie verschmähten das Kompromiß mit den gemäßigten Parteien des eigenen Landes und spekulierten auf die soziale Revolution in den anderen Ländern, durch die nach ihrer Meinung der allgemeine Frieden und die allgemeine Diktatur des Proletariats zu erreichen sein würden.

Wie weit sie selber auf diesem Wege gekommen sind, weißt der gegenwärtige Zustand Russlands. Wir möchten nochmals warnen, alle Bolschewiki-Greuelmärchen der bürgerlichen Presse zu glauben. Aber soviel steht fest: „Bolschewiki“ (zu deutsch: die mehreren) sind die Bolschewiki schon jetzt nicht mehr. Hätten sie die Mehrheit des Volkes hinter sich, so brauchten sie nicht die kaum erst gewählte Volksvertretung unter einem Verwande auseinander zu jagen, der ihren eigenen Grundsätzen ins Gesicht schlägt. Ihre Macht beruht jetzt nicht mehr auf dem Vertrauen der Volksmeiheit, sondern auf der Gewalt der Waffen, über die sie ver-

fügen. Ihre Sowjetregierung ist in keinem anderen Sinne anders „soverein“ als die Regierung anderer „Souveräne“. Sie sieht auf den Spitzen der Bajonette. Und sie kann sich nur dadurch halten, daß sie rücksichtslosen Gebrauch von Bajonetten und Maschinengewehren macht. Eine Erfüllung der Friedenshoffnungen aller kriegsmüden Völker ist das gewiß nicht. Und zur Nachahmung reizt dieses russische Beispiel erst recht nicht.

Damit soll aber nicht bestritten werden, daß unter den Verhältnissen, wie sie der Zarismus seinen Nachfolgern überlassen hat, etwas anderes vielleicht kaum möglich war. Denn wenn wir oben andeuteten, daß die Bolschewiki dem erneuten Blutvergießen hätten ausweichen können, wenn sie weniger auf ihre Theorie als auf die Praxis des gegenwärtigen Lebens geachtet hätten, so kann dem entgegengehalten werden, daß die Gegensätze zwischen bürgerlichen und proletarischen Parteien in Russland wahrscheinlich unter allen Umständen sich noch in blutigen Kämpfen entladen hätten, daß aber auf alle Fälle auch die Auflösung des Riesenreiches in einzelne Nationalstaaten nicht ohne Waffensärm vorübergegangen wäre.

So schrumpft das, was bei oberflächlicher Betrachtung allzuleicht als die alleinige Schuld der Bolschewisten erschei-

nen könnte, doch zu einer Teilschuld zusammen, die übernommen ist aus dem fluchbeladenen Erbe des Zarismus, denn auch die fanatische Verbissenheit und die Neigung zur Gewalttätigkeit, die das Bild der heutigen russischen Machthaber entstellen, ist nur ein Produkt der entsetzlichen Unterdrückung, unter der die besten Kräfte des russischen Volkes bisher gelitten haben.

Der voreilig gegen Trotski erhobene Vorwurf, daß er nicht ernstlich den Frieden wolle, wird sich erst dann auf seine Berechtigung prüfen lassen, wenn ihm erstens die Möglichkeit geboten ist, mit Deutschland zu einem Frieden zu gelangen, der in den Augen seiner Volksgenossen kein Schmachfrieden ist, und wenn zweitens ihm klar gemacht ist, daß er auf eine Revolution nach russischem Vorbilde in Deutschland nicht rechnen darf. In Litauisch-Brest haben die Verhandlungen mit ihm wieder begonnen und es ist daher noch nicht zu spät, ihm diese Überzeugung beizubringen.

Es ist dabei freilich zu beachten, daß nicht nur das deutsche Proletariat keine Urtüche hat, dem russischen Beispiel zu folgen, sondern daß auch die herrschenden Klassen in Deutschland keine Neigung zeigen sollten, in die Fußstapfen der früheren russischen Machthaber zu treten, die den Drang nach Gleichberechtigung im Volke so lange unterdrückten, bis der Gegendruck zum Unheil für sie selbst wurde.

Die Selbstständigkeit Polens und Finnlands

Am Sonnabend fand, wie aus Brest-Litowsk berichtet wird, eine Sitzung der Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen statt.

Die Verhandlungen begannen mit einer Neuherzung des Staatssekretärs v. Kühlmann zu der Frage der Einladung bezw.

Zulassung von Vertretern der polnischen Randsstaaten zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk. Der Staatssekretär erklärte, der frühere Standpunkt der Mittelmächte in der Frage der Selbstständigkeit sei vollkommen unverändert geblieben. Trotski führte demgegenüber aus, die Frage der Befreiung einer Abordnung des polnischen Regierung als die Regierung eines selbstständigen Staates zu den hiesigen Verhandlungen sei aufgetaucht, als die russische Delegation diesen Gegenstand gestreift habe, um das Augenmerk darauf zu lenken, daß die deutsche und österreichisch-ungarische Delegation zwar die Selbstständigkeit des polnischen Staates anerkannt haben, aber die Herauszehrung einer Vertretung Polens nicht angeregt hätten; darauf habe die Gegenpartei erklärt, daß sie die Frage einer wohlwollenden Prüfung unterziehen würde. Hierauf fuhr Trotski fort:

Wir unsererseits erkennen die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit des polnischen Staates im vollen Umfang an,

aber wir können nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß die Selbstständigkeit nur eine Scheinbarkeit ist, solange Polen unter dem Regime der Besetzung steht. Gerade deswegen weil wir die Selbstständigkeit des polnischen Volkes und seines Staates anerkennen, können wir, ohne die Selbstständigkeit des polnischen Staates anzutreten, doch nicht diesenigen Vertreter, die durch den Willen der bestehenden Behörden eingesetzt sind, als Vertreter des polnischen Volkes ansehen. Als bevollmächtigt zur Teilnahme an diesen Verhandlungen könnte er nur eine Vertretung Polens annehmen, welche sich auf die breiten Massen stützen würde. Er möchte darauf aufmerksam machen, daß die russische Delegation, wenn sie die Regierung Kujatczek nicht als bevollmächtigte Regierung des polnischen Volkes ansiehe, durchaus nicht sage, daß sie die Unabhängigkeit des polnischen Volkes und des polnischen Staates nicht anerkenne.

In Erwideration hierauf wies Staatssekretär v. Kühlmann auf die Leußerungen hin, welche die Vertreter des Mittelmächte bei den Kommissionssitzungen am 11. und 15. Januar zu dieser Frage abgegeben haben. Antwortsend hieran bemerkte der Staatssekretär, er wisse nicht, warum der Vorsitzende der russischen Delegation von den westlichen Randsöldern heute Polen abgesondert habe. Die Angelegenheiten der Polen, Litauer und Litauänder seien bisher zusammen erörtert worden, er glaube aber einen gewissen Fortschritt darin erkennen zu können, daß Trotski die Selbstständigkeit des polnischen Staates in vollem Umfang anerkannt habe. Wenn der Vorsitzende der russischen Delegation auch für die anderen westlichen Randsölden Russlands die Selbstständigkeit anerkennen wollte, so würden die Verhandlungen hiermit einen erheblichen Schritt vorwärts kommen.

In Beantwortung einer vorher gefallenen Bemerkung Trotski, daß die

Regierungen der Mittelmächte die neue finnische Regierung noch nicht anerkannt

hätten, erklärte v. Kühlmann, er sei über die Vorgänge in Finnland noch nicht genügend unterrichtet, doch seien ihm von zuverlässiger Seite zahlreiche Klagen darüber zugestellt, daß die russische Armee dort in die inneren Kämpfe eingegriffen habe und daß die mehrfach geäußerten Wünsche auf Zurückziehung der russischen Truppen von dem finnischen Territorium von der russischen Regierung nicht in befriedigender Weise bearbeitet seien. Die Stellungnahme zu den durch die Ereignisse in Finnland geschaffenen Zuständen müsse daher durchaus vorbehalten werden.

Minister des Äußern Graf Cernik wies darauf hin, daß Trotski eine ganz richtige Unterscheidung zwischen den Staaten und deren Regierungen gemacht habe. Trotski erkenne nur die

Selbstständigkeit des polnischen Staates an, wolle jedoch das Recht der dort bestehenden Regierung, diesen Staat zu vertreten, nicht anerkennt. Mit Bekräftigung konstatierte er, daß Trotski mit seinen heutigen Erklärungen wenigstens die Existenz und Selbstständigkeit des polnischen Staates anerkannte, womit eine Annäherung der beiden seitigen Grundpunkte angebahnt zu sein scheine. Dagegen vermöge er nicht zu zugeben, daß die Frage, ob die gegenwärtige polnische Regierung den polnischen Staat zu vertreten berechtigt sei, dem Schiedsspruch einer dritten Regierung unterliege.

Zur finnischen Frage bemerkte sodann Trotski, die Petersburger Regierung habe die Unabhängigkeit Finnlands während des Krieges erkannt, so daß sich damals noch Truppen der finnischen Armee aus dem finnischen Boden befreit haben. Als der finnische Senat sich mit der Bitte um Anerkennung der Selbstständigkeit Finnlands nach Petersburg gewandt habe, habe dieser selbst den Gedanken geäußert, daß die Truppen spätestens nach Abschluß des Krieges zurückgezogen würden, falls es nicht aus militärischen Rücksichten möglich wäre, sie schon früher zurückzuziehen. Zur Herbeiführung eines Einvernehmen hierüber sei eine Kommission gebildet. Als nun in Finnland die Resolution der Arbeitermassen begann, habe sich die finnische Sozialdemokratie an die russischen Truppen mit dem Wunsche gewandt, daß sich diese nicht in die Kämpfe einmischt. Ein diesem Wunsche entsprechendes Telegramm sei von ihr selbst an die finnische Regierung gesendet worden. Es sei nicht ausgeschlossen, daß zwischen Abteilungen von russischen Truppen und Teilen der finnischen Bürgerarmee Zusammenstöße stattgefunden hätten, doch leugne er, daß diese Zusammenstöße irgend welden Einfluß auf den Gang der inneren Kämpfe in Finnland hätten haben können. Was die Herauszehrung polnischer Vertreter betreffe, so werde die russische Delegation wieder die Frage gerichtet, ob sie die Unabhängigkeit Polens anerkenne oder nicht. Es sei klar, daß diese Frage eine Weideutigkeit enthalte. Er erkenne in vollem Umfang und unbedingt das Recht des polnischen Volkes an, selbständig und unabhängig zu existieren, aber er wolle nicht die Augen davon verschließen, daß dieser polnische Staat jetzt von fremden Truppen besetzt sei und daß diejenigen unter polnischen Regierung sich nur innerhalb ihrer Grenzen bewegen dürfe, die ihr von oben her gesetzt würden. Sei der polnische Staat ein Staat, so müsse er geographische Grenzen haben; sei das polnische Königreich ein Königreich, so müsse es einen König haben.

Wenn der Staat weder Grenze noch einen König habe, dann sei er kein Staat und kein Königreich. Man habe es hier mit noch nicht endgültig gestalteten Verhältnissen zu tun. — Auf die Bemerkungen des Vorsitzenden der österreichisch-ungarischen Delegation habe er zu erwidern, daß seine Regierung durchaus nicht als Schiedsrichter in dieser Frage auftreten wolle. Sie schlage nur einen Weg für die Rächerprüfung der Berechtigung der polnischen Regierung vor.

In Erwideration hierauf bemerkte Graf Cernik, er möchte darauf aufmerksam machen, daß die Delegationen der verhandelnden Mächte nicht hierher gekommen seien, um einen geistigen Ringkampf auszufechten, sondern um zu versuchen, ob und inwieweit es möglich sei, zu einer

Berechtigung zu gelangen. Für den Vertreter eines fremden Staates sei es schwer festzustellen, inwieweit mit einem anderen Staat die dort bestehende Regierung zu Recht besteht. Die Fortsetzung der Erörterung über diese Frage sei seiner Ansicht nach unfruchtbare. Der polnische Staat sei in der Entwicklung begriffen und sein Entwicklungsprozeß noch nicht abgeschlossen. Deshalb habe Polen, wie Trotski ganz richtig bemerkte, auch noch keine feststehenden Grenzen, aber aus die russische Republik, die noch in der Entwicklung begriffen sei, habe noch keine feststehenden Grenzen, was indessen die Mächte des Beroberbandes nicht hindere, mit der gegenwärtigen russischen Regierung zu verhandeln, ohne sie auf die Prüfung ihrer Legitimität einzufassen. Wenn Trotski gegen die Mächte des Beroberbandes den Vorwurf zu erheben hätte,

Senator A u l e n k a m p: Der Senat würde die Lösung der Frage im Ziehischen Sinne begrüßen. Nur aus taktischen Gründen hat der Senat die Beschlüsse des Bürgerausschusses akzeptiert, in der Erwartung, daß die Bürgerkraft in einem hauptsächlichen Punkt, der Erneuerung der Beigeordneten durch den Senat, dem letzteren folgen würde. Das sei leider nicht geschehen.

Dr. Gru e: Dr. Ziehl hat sich heute als freiwilliger Senatskommissar erwiesen. Er hat sich Gütesicherheitsverbündungen schuldig gemacht. In Bremen haben sich diese Schulkammern seit Jahren bewährt. Die Kammern sollen nur begutachtende Röntgenstrahlen, keine Standeskammern sein. Mit sachlichen Gründen ist gegen Dr. Ziehl nicht anzukämpfen. Man muß den Geist der Lehrer kennen und dann wird man ihnen auch Vertrauen entgegenbringen müssen, wenn dieser Geist sich im Interesse unseres Staates wens betätigen soll.

Senator Dr. E s c h e n b u r g: Die Vorwürfe gegen den Senat durch Dr. Ziehl waren unberechtigt. Der Senat würde es gern sehen, wenn Dr. Ziehls Antrag angenommen würde. Denn durch den Senatsantrag würden Standeskammern der Lehrer geschaffen.

Dr. v. Brod e n kann keinen Unterschied zwischen der Grubenschen und Ziehischen Aussöhnung über die Frage der Zuständigkeit der Schulkammern erkennen; deshalb könnte man doch den Ziehischen Vorschlag annehmen.

Professor E v e r s spricht für den Senatsantrag, seine Wahrnehmung ist dringend erforderlich im Interesse der Schule und der Lehrer. Die heutige Haltung des Senats zeigt nicht von Vertrauen zur Lehrkraft; sie ist außerordentlich bedauerlich.

Schulmeister würdigte wenigstens in der Linie der Annahme des Ziehischen Antrages, daß Senat und Bürgerschaft, nicht die Oberstuf behörde, die Geschäftsausordnung für die Schulkammern festlegt. Im Übrigen ist Redner für den Senatsantrag.

Dr. Ziehl ändert seinen Antrag im Schulmeisterschen Sinne um.

Regierungsrat Dr. L a n g e plädiert dafür, daß die Geschäftsausordnung für die Schulkammern aus dem Unterrichtsgesetz herauskommen, wie Dr. Ziehl es will.

Dr. Ziehl: Man muß der Oberschulbehörde das Vertrauen leisten, daß sie eine Geschäftsausordnung festlegt, die auch im Interesse der Lehrer liegt.

Stellung: Während dranen Tausende und Abertausende um Sein oder Nichtsein ihres Vaterlandes kämpfen, streiten wir uns hier nun schon drei Wochen lang herum darüber, ob wir im Schulmeister einen kleinen Fortschritt machen sollen oder nicht. Das ist außerordentlich beschämend für uns. (Lebt. Sehr richtig!) Die Herren, die mit den Verschlechterungsantropen kommen, müßten vor Namn in die Erde versinken. Das Verhalten des Senats in dieser Frage stellt kein Ruhmesblatt für ihn dar. Warum handelt es sich denn? Ob die Lehrer das Selbstbestimmungsrecht in den Schulkammern haben oder im Rahmen derselben Diener der Oberschulbehörde sein sollen. Die Oberschulbehörde sollte doch Vertrauen zur Lehrkraft zeigen. Dafür sie es nicht hat, ist durch die Ausführungen vom Senatorsthe bezeichnet. Damit ist der Schulmeister ein schlechter Dienst erwiesen worden. Redner hofft nochmal dringend, etren kleinen Fortschritt im Sinne der Senatsvorlage zu unternehmen.

Bürgerschreiber Dr. B a u d a rief die Bewerfung des Bürgerschreibers, daß Redner vor Namn in die Erde versinken müßten.

Dr. v. Brod e n spricht gegen Stellung und für den Antrag von Ziehl.

Hoch. Reimpell: Wenn Dr. Ziehl befürwortet, daß orationelle Lehrer in die Schulkammern gewählt werden, so will ich mir darauf hinweisen, daß auch Herr Dr. Ziehl manchmal recht oppositionelle Ansichten hier vertreten hat. Warum sollen denen die Lehrer nicht auch dasselbe Recht haben? Zugleich in Bremen habe man auch in Hamburg eine die Lehrer bestreichende Delegation.

In der Abstimmung wird der Antrag Dr. Ziehl abgelehnt.

Zur Einzelberatung wird den Lehrern der Mittelschulen das Recht eingeräumt, ihre Vertreter zu den Schulkammern in getrennten Wahlkörpern zu wählen; ferner erhalten die Lehrkörper der nicht öffentlichen Schulen jetzt ebenfalls eine Vertretung in den Schulkammern, was die Senatsvorlage nicht vorhat. Die Schulkammern haben an die Oberschulbehörde über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten, der mit den Jahresberichten der Behörde veröffentlicht werden soll.

In der Gesamtabstimmung wird die Senatsvorlage mit den beschloßnen Abänderungen fast einstimmig angenommen.

Aufstellung eines Anstaltsarztes am Kinderhospital und städtischen Kinderarztes.

Es soll der Vorsteherkraft des Kinderhospitals als Entgelt für die von dem dort amtsleitenden Arzt für Kinderärzte zu übernehmende Tätigkeit eines staatlichen Kinderarztes der 4500 Mark überschreitende Teil des Gehalts zur Vertheilung gestellt und das dem Arzt zuzuschreibende Ruhegehalt auf staatliche Mittel übernommen werden.

Nach unvorsichtiger Debatte über die von einer einzogenen Kommission erörterte Gehaltsfrage des Arztes wird der Antrag angenommen.

Berichtigung des Abschnittes XIX des Haushaltungsplans für das Rechnungsjahr 1917 um 500 000 Mf.

Der Antrag wird debattierlos genehmigt.

Herstellung von Kleinwohnungen zur Milderung der Wohnungsnot.

Die Vorlage haben wir bereits kurz beworfen. Dr. Langenhenni: Die Vorlage ist zu begrüßen; sie wird der Kleinwohnungsnot etwas neuern. Aber sie ist unzureichend. Angeführt der hohen Materialpreise und der hohen Löhne, die auch nach dem Kriege anhalten, müssen Mittel und Wege gefunden werden, um den Wohnungsbau in irgend einer Weise zu subventionieren. Die Errichtung eines Wohnungsamts ist erforderlich.

Senator E v e r s: Die einem Wohnungsamts obliegenden Aufgaben sind jetzt der Behörde für Wohnungspflege übertragen worden. Die Frage der Staatshilfe bei Neubauten beschäftigt jetzt den Senat.

Gla s e n : Wie groß die Wohnungsnot ist, geht daraus hervor, daß nach der am 5. Dezember 1917 aufgenommenen Statistik nur 68 Wohnungen leer standen; davon in dem bevölkersten St. Lorenz nur 4. Es müssen also noch weitere Maßnahmen getroffen werden. Die alte Irrenanstalt sollte umgebaut werden; dort können 60–70 Kleinwohnungen entstehen. Der Grundstücksmarkt ist ein sehr reicher; im letzten Vierteljahr sind 152 Verkäufe zu verzeichnen gewesen. Das Einigungssamt erschwert den Verkauf von Häusern. Kleine Räume sind heute noch zu Wohnungen umzufestalten; nach dieser Richtung hin muß noch mehr vorgehen.

Z e i m p e l l bittet, daß Herr Baudirektor Falter den Beitrag, den er heute in der Gemeinnützigen hält, vor der Bürgerschaft wiederholen solle.

Dem Wunsch soll entsprochen werden. Senator E v e r s: Der Senat ist sich des Ernstes der Lage bewußt; er wird jede Maßnahme ergreifen, die geeignet ist, der Wohnungsnot zu steuern. Nur im äußersten Notfalle wird der Senat zu Eingriffen in die Privatrechte der Hauseigentümer schreiten.

Senator Dr. E s c h e n b u r g: Die Bürgerschaft wird in nächster Zeit Gelegenheit haben, sich mit Vorschlägen des Bau direktors Falter zur Linderung der Wohnungsnot zu beschäftigen.

Dr. G rü e : Der Bürgerausschuss wird die Vorschläge schon am Mittwoch prüfen.

H e n z e : Ich ziehe die Bitte an den Senat, bei Vermietung dieser 38 Wohnungen die Absicht, mit den Mietern schriftliche Verträge zu schließen, aufzugeben. Dadurch werden den Mietern die Kosten für den Reichs- und Staatsstempel erspart, was um so notwendiger ist, als es sich hier doch meistens um Münzvermittlerte handelt. Im gewöhnlichen Leben schließt man auch keine schriftlichen Mietverträge ab. Weitere Ausführungen wollen wir mit Bedacht auf die vorerwähnte Zeit zurückstellen, bis die heutige angekündigte Vorlage kommt.

Der Senatsantrag findet Annahme.

Senator tritt Sitzung der Sitzung ein.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 5. Februar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Konprinz Rupprecht.
Von der Küste bis zur Bys-Artilleriekampf, der sich am Abend an der Bahn Boesinge – Staden bei Abwehr eines englischen Vorstoßes, sowie zwischen Passchendaele – Beclaire beträchtlich steigerte. Auch südlich von der Bys, am La Bassée-Kanal und an der Scarpe steht die Gewaltigkeit zeitweilig auf. Bei erfolglosen Erfundungen südlich von Armentieres und bei Gencourt wurden einige Engländer gesangen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Badische Stoßtrupps drangen südlich von Beaumont tief in die französischen Stellungen, fügten dem Gegner schwere Verluste und Lehren mit 33 Gefangenen und mehreren Maschinen gewehren in ihre Linie zurück.

Herzog Albrecht von Württemberg.
Auf den Märschlagen nördlich und südlich von St. Mihiel steht die Gewaltigkeit am Nachmittag auf.

Von den übrigen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Endendorff.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 5. Februar.

Nebel.

Grau und schwer lastete es in den letzten Tagen auf der Stadt. In dichten Schwaden wollte der Nebel durch die Straßen. So dicht, daß man sich sogar am Tage manchmal nach künstlicher Beleuchtung lehnte. Es war, als trauerte der Himmel über die Schlecht beratene Erde. Als wolle er sie nicht mehr sehen und hätte eine un durchdringliche Scheidewand zwischen sich und uns Sterblichen gezaubert.

Und diese dicke Masse Nebeldampf, die schon tagelang unsere Stadt umlagerte, umdüstete auch die Gemüter. Misstrauisch sah jeder in das mißmutige Gesicht seines geliebten Mitbürgers. Wie gern wollte man kalte Füße ertragen, wenn nur die Sonne schien müßte. Die aber kriegt geforben. Und immer weiter drang die Nebelwolke. Durch jedes geöffnete Türr, durch Fenster türen, Kellerlöcher und Dachluken läßt sie sich in die Häuser. Überall aber, wo sie eindringt, verärgerte sie das Herz und verdrängte sie den Humor.

Nebel ist sehr ungesund, äußerst schädlich für die vorgesetzte Zufriedenheit des Bürgers und für das väterliche Wohl. Wollen der vorgesetzten Obrigkeit. Wir sind eben alle Stimmungszwänge. Dagegen ist wenig zu machen. Kein Mensch kann aus seiner Haut.

Aber wir sollen herausfinden. Das wird verlangt. Gewiß, Gedanken sind zöpfel und Gefühle kann man nicht reglementieren. Wer alles, was darüber hinausgeht und nur einigermaßen außerlich kenntlich ist, wird demnächst in den Verordnungsnebel gehüllt, daß kein Mensch aussteht.

Wir sind verwandt und verwachsen mit unserem Vaterlande. Wir lieben das Haus, das uns beherbergt, das alles birgt, was wir haben. Hier lustig und rein muss es sein. In städtiger Luft fühlt sich kein Geschäft wohl. Auf die Fenster und Türen. Herein mit der Sonne der Freiheit. Ein freudloses Gesicht, Herr Hanswicht! Dann wird auch wieder Freunde und Fröhlichkeit in allen Stockwerken herrschen, fröhliche Gesichter werden aus den Fenstern schauen und grüßen zum Nachbar herüberwirken.

Ja, wünschen. Warum denn immer drohen? Warum so traurige Gedanken? Das Leben ist so unendlich kurz. Mehr als drei Jahre davon haben wir schon unsinnig vergeudet. Warum uns selber quälen?

Gestern hatten wir etwas Sonnenchein! Wie atmeten wir auf! Heute jedoch steht es wieder trüb am Firmament aus. Wer einmal nur doch die Sonne wieder dauernd und nicht nur für einen Tag heraustreichen, einmal müssen sich doch die Wolken vertreiben und verflüchten. Dann wird es wieder hell werden in der Natur und in den obrioleitlichen Kanälen. Und der Bureau rat wird den Menschen anlassen und der Schuhmann den Bahnen. Und es wird Fröhlichkeit herrschen auf allen Wegen.

Einmal.

Möge es bald werden.

Kriegsverletzte und Einkommensneuer!

An der Zeit der Steuererklärungen dürfte es für jeden Kriegsverletzten wichtig sein, zu erfahren, welche Teile seiner Rente der Steuerpflicht unterliegen.

Steuerpflichtia ist nur die Rente selbst, die Kriegsverletzung sowie Verlustungszulage sind nicht steuerpflichtig. Der § 40 des Mannschaftsfürsorge-Gesetzes besagt hierüber: „Die Verlustungszulage, die Kriegsverletzung (Rentenhebung bei Marine- und Fliegengesellschaften) und die Alterzulage bleiben bei der Rentenabgabe zu den Steuern und anderen öffentlichen Abgaben jeder Art außer Gesetz.“

Zu öffentlichen Abgaben jeder Art gehören z. B. Umlagen, Kirchensteuern usw.

Demnach ist außer dem sonstigen Einkommen nur die Rente selbst zu besteuern.

z. B. zu versteuerndes Einkommen
ML 1200 minus 66 2/3 % Rente nach dem Mannschafts-Berl. Gesetz
ML 1560 somit sind zu versteuern

Als steuerfreies Einkommen läuft in diesem Falle in Frage die Verlustungszulage mit ML 324 und die Kriegsverletzung mit ML 180.

Die Gnadengebühren werden gleichfalls nicht versteuert.

Die Milchversorgung Lübecks.

Der Landwirtschaftliche Verein hatte für Montag nachmittag eine Versammlung in den Saal der Gemeinnützigen Betriebschaft einberufen, in der Herr Direktor Bastian von der Hansemarei einen Vortrag über obiges Thema hielt. Herr Lauenstein eröffnete die Versammlung und teilte mit, daß es sich darum handle, die im Umlauf befindlichen tollen Gerüchte über die Milchverteilung zu bestreiten. Er erhobte aber, von einer Debatte abzulösen und sich mit schriftlichen Anträgen zu begnügen. Hierauf erhobt Herr Direktor Bastian das Wort. Der Redner führte u. a. das folgende aus:

Er misse, daß er zu den bestgeholt (1) Menschen Lübecks gehöre. Deshalb halte er es für seine Pflicht, Ausklärung zu geben, um die teils böswilligen, teils leichtfertigen Gerüchte zu zerstreuen. Man habe in Deutschland allgemein unter Nahrungsmittel zu leiden. Aber es sei eine Grenze zu ziehen zwischen Milch und anderen Nahrungsmitteln wie Brot, Fleisch und Kartoffeln. Die letzteren vertragen einen weiten Transport. Anders sei es mit der Milch. Für sie gäbe es kein Streutungsmittel außer dem Wasser und dieses sei nicht geeignet. Herr Bastian habe jenerzeit alles rationiert, aber die Milch erst zu allerletzt. Die Milchproduktion sei ein sehr empfindliches Organismus, der vor allem auf das Futter reagiere, das ihr gereicht wird. Die Milchproduktion sei für den Landwirt das schwierigste und unanständigste Geschäft. Sie wäre dazu in hohem Maße unlohnend. Erst durch den Zusammenhang der Landwirtschaft in Milchverwertungsgenossenschaften habe sie sich eingemessen rentabel erwiesen. Die Preiserhöhungen auf Betriebsgegenstände, Räume und Rieder waren zwar mit Kärrnern eingegangen, aber als die Milch am 2. Februar (?) im Kreis erdaht wurde, sei alles erweitert ge-

wesen und Holland in Not, da sollte gleich halb Deutschland sterben. Das sei glücklicherweise nicht der Fall gewesen. (Von der großen Kindersterilität merkt anscheinend Herr Bastian nichts. Anm. d. Ber.) Und lediglich der Sturm gegen die Milchpreisernöhung ist! (1) Umsomehr muß der Staat die Milchviehhaltung in die Hand nehmen. Anm. d. B.) Schon vor dem Kriege war bei einem trockenen Sommer mit einer Milchknappheit zu rechnen. Nur trat sie damals nicht so in die Erscheinung, weil Ernährungsmittel genug vorhanden waren. Der Rationierungsplan für Milch kommt Deutschland gar nicht eingehalten werden, vor allem weil es an der Zufuhr von Delikatessen und sonstigen ausländischen Futterstoffen fehle. Die Milchproduktion einer Kuh sei darum von ca. 2400 Liter auf 1400 Liter zurückgegangen. Davon gebe sie 300 in der besseren Futterzeit, also im Sommer, und nur 500 Liter im Winterhalbjahr. Was das bei 200000 Kühen in Deutschland und 6–7000 im Staat Lübeck ausmacht, könne jeder leicht nachrechnen. Aber auch die Zahl der Milchkühe sei infolge der Abschlachtungen erheblich zurückgegangen. Und es sind noch weitere Abschlachtungen vorgesehen. Im Juli 1917 hatte die Hansemarei noch 41700 Liter Milch an einem Tage. Heute nur noch 8500 Liter. Das bedeutet einen Ausfall von 30 800 Litern. Aber die gleiche Zahl von Verbrauchern sei noch vorhanden. Wie dann gerecht verteilen? Was den Verteilungsplan der Berliner Regierung anbetrifft, so lasse er sich gar nicht durchführen. Die Hansemarei habe außerdem die hiesigen Lazarette, das Krankenhaus und sonstige gemeinnützige Anstalten mit Milch zu versorgen und bekommt im vergangenen Jahre zweimalweise Läufende von neuen Kunden dazu, für die sie keine Milch hatte. Lübeck hatte im Frieden und in guten Zeiten einen Verbrauch von 33 000 Litern Milch pro Tag. Gegenwärtig seien vorhanden 19 296 Vollmilchversorgungsberechtigte, die 13 000 Liter Vollmilch brauchen. Dann bleibe noch 76 000 Magermilchberechtigte, d. h. 19 500 Liter Magermilch pro Tag benötigt. Der Bedarf sei also so groß wie im Frieden. Dazu kämen die großen Lazarette, die einen großen Bedarf haben. Durch die Mißernte und die Zufuhr aus Kraftfutter, die Zwangsabschlachtungen sei es gar nicht möglich, den Milchbedarf irgendwie ausreichend zu decken. Für einige Monate des Jahres – wenn gute Weiden sind – mag der Rationierungsplan durchführbar sein. Aber für 10 Monate ganz bestimmt nicht. Bei der Rationierung habe der Gelehrte angenommen, daß zwei Prozent der Bevölkerung als Kranken angesetzt seien. Er habe aber jetzt 7000 Krankennotfälle, die Vollmilchabgabe bedingen. Darauf sind es nicht zwei, sondern sechs Prozent aller Einwohner, die ihre Milch täglich auf Grund ärztlicher Anzeige erhalten müssen. Die Knappheit an Milch möchte jeder ausgleichen, und wer es auf anderer Weise nicht kann, verlängert es auf Grund ärztlicher Anzeige. Das habe zur Folge, daß 35 Prozent unserer gesamten Milchproduktion aus Krankenheime entfallen. Was bleibt dann übrig für die heranwachsende Generation? Darunter leiden die Kinder. Dem soll durch behördliche Maßnahmen abgeholfen werden. Lebendig nehme im Sommer, wenn die Milch reichlicher vorhanden ist, die Zahl der Krankenheime ab. Und darin glaube das Publikum immer noch an das Gerücht, daß die Schweine in der Wiederkreise die Magermilch bekommen, obgleich jetzt fast gar keine Schweine mehr dort sind. Er würde sich schämen, in dieser Zeit, wo die Menschen solche Not leiden, die Magermilch an Schweine zu verfüttern. Die Milch der Hansemarei würde verteilt bis auf den letzten Liter. Sie sieht in dieser Beziehung unter polizeilicher Kontrolle. Es sei ihr aus vorgehalten worden, daß dann die Verkäufer möglicherweise mitgewissen werden, wenn die Verkäufer mitgeteilt werden, wie das Geiz es verlangt.

Die Milchergiebigkeit der Kuh wies der Vortragende auf Grund einer Statistik vom Dezember 1917 nach. Von 4092 Kühen der Hansemarei gab es nur 9 Lieferanten mit 62 Kühen, deren Kuh täglich über 5 Liter Milch lieferten. 1821 Kühe ergaben durchschnittlich 2 Liter pro Tag. Lediglich bei die Milchproduktion heute außerordentlich teuer. Was der Landwirt in die Kuh hineinfüttert, das könne er dreimal so teuer verkaufen, ohne nötig zu haben, 730 mal im Jahre die Kuh zu melken. Das Rehen wollen wir in diesem Falle nicht empfehlen, sondern wir erwarten, daß der Landwirt seine Pflicht erfüllt und ioniel Milch als möglich in die Stadt liefert. Er habe es schon angetroffen, daß zehn Kühe farm soviel Milch geben, wie der Landmann für seine Familie braucht. Die Hansemarei habe ihre Lieferanten wiederholt an ihre Pflicht gemacht, daß sie ihre Vertragspflichten auf Milchliefer

werben für 1 Pfund gesättigtes und gebündeltes Papier 1 Gutschein, für 4 Pfund Käppelpapier oder Pappe 1 Gutschein. Am letzten Einlieferungstage der Papierwoche, am Sonnabend, findet eine Verlosung von Lebensmitteln, Schuhzachen und Geschenktüchern statt, zu der jeder einliefernde Sammler ein Freilos und für je 20 Pfund eingeliefertes Papier noch ein Sonderlos erhält. Der Wirtschaftsausschuss der Kriegs-Brodensammlung hofft zurechtlich, daß auch diesmal keine Arbeit reiche Unterstützung findet.

Ausstellung der Schuhfürsorge. Vielfachen Wünschen folgt hat sich die Schuhfürsorge entschlossen, ihre so reges Interesse beruhrende Ausstellung noch bis einschließlich Sonntag geöffnet zu lassen. Auch unseren Schulkindern ist der Besuch nach vorheriger Anmeldung in Begleitung von Lehrerinnen oder Lehrern sehr zu empfehlen, zumal in Erwägung gezogen ist, Lehrkurse für Kinder ins Leben zu rufen.

pb. **Gestohlene Stachelbeersträuche.** Von einem Gartenland auf Marien sind Ende Januar 3 hochstämmige Stachelbeersträuche gestohlen worden. Der Bestohlene sichert dem, der den Täter so nachweist, daß seine gerichtliche Bestrafung erfolgen kann, eine Belohnung von 10 Mark zu.

Nageburg. Opfer des Eises. Der 10jährige Sohn des im Felde liegenden Arbeiters Böhmer floh mit mehreren Kindern auf dem dünnen Eis des kleinen Sees. Hierbei brach er ein und ertrank.

Mödu. Fischvergiftung. Nach dem Gerüste von Soldaten in Del erkrankte die hier wohnhafte Familie eines Lebensinspektors in Süden. Der Ehemann erkrankte schwer; die übrigen Familienmitglieder kamen mit leichteren Erkrankungen davon.

Theater und Musik.

Stadttheater. *Mona Lisa*, diese in ihrer Handlung schauspielseine Oper, gelangte am Sonntag in glänzende Begehung und unter persönlicher Leitung des Komponisten, Generalmusikdirektors Schillings aus Stuttgart, zur Aufführung. Verpflichtet waren für diesen Abend erfahrene Kräfte aus Berlin, Hamburg und Hannover. In *Sardara Kempf* (Hofoper Berlin) lernten wir eine *Mona Lisa* von jester Sanges- und Darstellungskunst kennen. Die äußere Teilnahmslosigkeit an all dem, was um sie herum vorging, die Beweisterung der inneren Erregung und der köstliche Ausbruch der Leidenschaft wurden von der Künstlerin überzeugend und eindrucksvoll wiedergegeben. Die Rolle des Francesco wurde durch Herrn Hammerländer Kronen (Hofoper Hannover) verfügt. Der Sänger verfügt über eine prächtige Bassstimme und über eine meisterhafte Ausdrucksweise. Sein Francesco war gelanglich und darstellerisch eine Glanzleistung. Den Nebenbüchler gab Herr R. Schubert vom Hamburger Stadttheater. Ein ausgesetzter, reifer Künstler mit einer schönen Tenorstimme trat uns hier entgegen. Die leider wenig in die Erinnerung tretende Partie des Alredi hatte Herr Henze (Hofoper Berlin) inne. Eine einnehmendende Tenorstimme in diesem Sänger eigen; freude, doch sie in dieser Rolle nicht mehr zur Geltung kam. Diesen Unterentwicklungen der Kunst gegenüber hatten unsere hiesigen Kräfte natürlich einen schweren Stand. Und dennoch, ihre Leistungen konnten sich sehen lassen. Hl. Seijts über eine reizende Dianora, Hl. Anna eine strahlende, lebensfüllende Ginevra. Als Jose der *Mona Lisa* zeigte sich Hl. Bergman aus. Das von ihr und Hl. Seijts geführte Rosenmarie-Lied stand auf der Höhe. Die übrigen Mitwirkenden, die Herren Quade, Lüthmann, Soltau und Lehmann aber, traten in ihren kleinen Rollen würdig ihres Ansehens her. Der denkbar Chor trug ebenfalls mit zum Gelänge des Gesamtes bei. Mit leidet, hörbar durch dirigiert Herr Schillings ruhig und gewissen das verdiente Orchester, das in dem Werke bei-

gekämpft hat. Die Spielleitung lag in den Händen des Herrn Ludewigs; er hatte ein farbenprächtiges Bühnenbild geschaffen.

So kam eine Vorstellung zustande, die mit einem Wort als glänzend bezeichnet werden muß. Sie wird noch lange in der Erinnerung der Besucher, die ihren Dank durch stürmischen Beifall und wiederholtes Hervorrufen abstoßen, haften bleiben. Wir bedauern nur, daß weite Schichten unserer minderbemittelten Bevölkerung von solchen Kunstgenüssen ausgeschaltet sind. Denn wer von ihnen hat Gold und Juwelen abzuliefern gehabt; diese Sachen sind im Hause des Proletariers äußerst seltsame Dinge. Und wer wirklich im Besitz eines Goldablieferungsscheines war, für den waren die Preise der für ihn erreichbaren Plätze unerschwinglich.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 4. Februar. (Amtlich.) Der niedrige Transportpreis nach dem Orient und Italien wurde durch unsere U-Boote im mittleren und besonders östlichen Teil des Mittelmeeres durch Vernichtung von vier Dampfern und vier Seglern wieder erheblich geschwächt. Einer der zerstörten Dampfer scheint der bewaffnete englische Dampfer „Hampstead“ (347 Tonnen) gewesen zu sein. Der vernichtete italienische Segler „Giovanni“ hatte Phosphat geladen.

Der Chef des Admiralkabinetts der Marine.

Berlin, 5. Februar. Wegen unerlaubter Veröffentlichung eines Berichts über den Dittmann-Prozeß sind folgende Zeitungen verboten: „Post“, „Deutsche Tageszeitung“, „Deutsche Zeitung“, „Deutscher Kurier“, „Deutsches Lehrerblatt“, „Berliner Blatt“ und „Reichsbote“. Auf das „Berliner Tageblatt“ ist verboten worden.

Neuerste militärische Kriegsanstrengung gegen die Mittelmächte.

London, 4. Februar. (Kreuzer.) In einem amtlichen Bericht wird bekannt gegeben, daß der oberste Kriegsrat in seiner 3. Tagung vom 30. Januar bis zum 2. Februar in Versailles sich eingehend mit den letzten Neuverhandlungen des deutschen Reichskanzlers und des Grafen Czernin beschäftigte. Er konnte darin seine Annäherung an die nötigen Bedingungen erkennen, die von den Regierungen der Alliierten aufgestellt sind und entschied, die einzige unmittelbare Ausgabe der Alliierten bestehend darin, mit unverzüglicher Kriegsanstrengung die militärischen Bemühungen fortzuführen, bis ein Stimmenumschwung bei den feindlichen Regierungen und Völkerherrn herbeigeführt werde, der den Abschluß eines Friedens ermögliche. Der oberste Kriegsrat beschäftigte sich des weiteren mit der geöffneten und wirksameren Zusammenfassung aller Maßnahmen der gegen die Mittelmächte kämpfenden Länder unter Leitung des Kriegsrates. Der Kriegsrat des Reies wurde erweitert. Es kam zu einer vollen Einmütigkeit sowohl hinsichtlich der allgemeinen militärischen Politik wie hinsichtlich der zu ihrer Ausführung nötigen Maßnahmen.

Allerlei Wissenswertes.

Wie lesen die Kinder die Zeitung?

In einer Reihe von Stockholmer Volkschulen sind über das Zeitunglesen von Schulkindern Untersuchungen angekettet worden, die verschiedene, den Kindern auf Fragebögen vorgelesene Fragen umfassen, deren erste lautete: Was würdest Du lieber lesen, wenn Du die Wahl hättest, ein unterhaltendes Buch oder die neueste Zeitung? Wie Du erwartest stand, zeigte sich bei den jüngeren Schülern das Interesse für Bücher als vorherrschend während die Vorliebe für Zeitungslektüre mit zunehmendem Alter stieg. Die zweite Frage war: Hast Du täglich Gelegenheit eine neue Zeitung zu lesen? Es ergab sich, daß sie sich 60–70 Proz. aller Schüler ohne Rückicht auf den Altersunterschied bejahten ließ. Wie oft von dieser Gelegenheit Gebrauch gemacht wurde, erhielt aus der Beantwortung der dritten Frage: Liebst Du diese Zeitung jeden Tag? Auf diese Frage antworteten im Juni 90–50 Proz. der Knaben mit ja. Im Dezember betrugen die Ziffern für die jüngsten Knabenklassen 40 Proz. für die ältesten 64 Proz., während von den Mädchen nur 24–40 Proz. sich als regelmäßige Zeitungsleserinnen bekannten. Der Schwierpunkt der Umfrage ist vielleicht in der letzten Frage zu erblicken: Was hat Dich in der neusten gelesenen Zeitung am meisten interessiert? Hierauf antworteten 47 Kinder allgemein, daß der Krieg sie am meisten interessierte; im übrigen war das Interesse die neueren Nachrichten am größten. Manche Schüler erwiderten auch mit genauerer Angabe, sie interessierten sich für die Erfolge der Deutschen — die Kämpfe bei Aras — den italienischen Feldzug — die Gravelinonarisse auf London usw. Einige Kinder gaben kurweg „Unfallfälle“ an, und unter diesen war wiederum bei einigen die Teilnahme an einem großen schwedischen Brandungskrieg besonders erregt worden. Eine Frau auf der Straße überfahren“ meinte ein anderes Kind, während ein kleiner Junge es zu den Unglücksfällen zu zählen schien, daß „Portugal einen neuen Präsidenten bekommen.“ Wieder andere Knaben wie auch Mädchen richteten laut eigener Aussage ihre Hauptaufmerksamkeit auf die Annoncen, die Erzählungen oder das Feuilleton.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Berauschte Kartoffeln.

Am Sonnabend morgen herrschte unter den Passanten des Hünhäusern große Erregung, weil bei der Aufräumung des zwischen polizeilich aufflossenen Ladens der Firma Wunderlich die auf Lager befindlichen verfaulten Kartoffeln auf einen großen Rollwagen geladen wurden. — Die gänzlich verdorbene Ware reichte bereits und entwickelte eine Luft, daß jedermann bestrebt war, möglichst schnell an dieser Stelle vorüber zu kommen. Es ist und bleibt doch ein Skandal, daß überhaupt solche Kartoffeln durch schlechtes Latern verloren müssen! Vie vielen Leuten geht diese Hauptnahrung durch solche Unfälle verloren! Wie kann's nur angehen, obgleich doch diese Ware unter amtlicher Kontrolle steht, daß trotzdem soviel verkommen kann? Der betreffende Händler könnte ob solcher Nachlässigkeit ebenfalls kaum schwer genug bestraft werden, noch dazu, wo es sich um notwendige Nahrungsmitel handelt!

Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß die Keller, resp. Lager-Räume der Händler einmal gründlich nachgesehen werden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: K. M. Meyer & Co.
Gedruckt in Lübeck

Bekanntmachung.

betreffend die Abgabe von Speisejeß in der Woche vom 4. bis 10. Februar 1918.

Zum Anhängen an die Bekanntmachung vom 2. Februar 1918, betreffend die Warenabgabe in der Woche vom 4. bis 10. Februar 1918, wird folgendes bestimmt:

Es dürfen abgetrennt und entnommen werden:

1. Auf die Bezeichnungen des Lebensmittelkartenheftes und die Lebensmittelkarte.

Butter: Stückstück 11–40 Gramm Butter zum Preise von 25 Pf.

Speisejeß: 11–30 Margarine zum Preise von 12 Pf.

2. Auf die Wochenbezugsanweisung für Militärarbeiter vom 4. Februar bis 11. Februar 1918.

SONDE Woche menge wie unter 1.

Halbe 20 Gramm Butter und 15 Gramm Margarine.

3. Auf die Brüderkarte für Schweinefleisch. Stückstück 55 Gramm Margarine zum Preise von 22 Pf.

4. Auf Butterbezugsheft, in der höchstzulässigen Bezugsanweisung und einer 4. Tasse in Butter und 8 Teile in Margarine.

Stückstück, den 4. Februar 1918.

(517)

Das Polizeiamt.

Wählen zu den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen.

Nach § 2 der Wahlordnungserlassung dieses Gesetzes vom 30. Dezember 1916 zum Kriegsbeginn werden die Mitglieder des Arbeiter- und Angestelltenausschusses für das Reichsgebiet gewählt.

Diese Wahlordnung ist durch die Nachtragserlassung vom 16. Januar 1918 aufgehoben. Die Wahlordnung ist jedoch nicht durch die Praktiken, welche nach Durchsetzung des Gesetzes noch durch Friedenskunde Tod oder Bestrafung aus der geistigen oder materiellen Verfolgung.

Gezwungenenfalls werden daher einzelne wichtige Voraussetzungen für die Wahl der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse in Frage kommen.

Stückstück, den 1. Februar 1918.

(517)

Das Polizeiamt.

Gez. Bekanntmachung Nr. Bst. 99/12 17 KPA betreffend

Belieferung und Entnahmeverbot von Lebensmitteln während des Krieges.

und Wagners gesetzl. vom 15. Januar 1918 betreffend im Reichsgebiet vom 15. Januar 1918 wird bestätigt die oben genannte Belieferung (Belieferung, Einfuhr und Erhöhung) verboten.

Stückstück, den 1. Februar 1918.

(517)

Gez. Bekanntmachung IX. 2.4.

Unsere Ausstellung

bleibt noch bis einschl. Sonntag, 10. Februar,

geöffnet.

Kriegszeitung, M. Schuhjäger.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Zuflöderung des Kriegsamts zur freiwilligen Meldung gemäß § 7 Absatz 9 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst.

Zum belegten Gebiet Belgiens bedarf es noch einer großen Anzahl von Hilfsdienstwilligen, um Soldaten für die Front freizumachen.

Derzeit soll ein einmaliger Transport von Hilfsdienstwilligen nach Berlin in Marz geplant werden.

Die Bedienungen für die Anreise sind günstig; besonders mit Pferd auf die Ferienunterstützung sind verbesserte Vorrichtungen erlaubt, die den heutigen Verhältnissen Bedeutung tragen.

Es werden erlaubt.

Kaufleute, Schreiber, Ordnerinnen, Pferdepfleger, Ausleiter für Kartoffellager, Bäcker, Schlachter, Maler, Schneider, Steinmetz, Wachpersonal und Leute für sonstigen Arbeitsdienst, Amtsgerichtsreferendar, Zahntechniker.

Es kommen nur Leute in Frage, die nicht mehr im wehrpflichtigen Alter, also vor dem 1. S. 1892 geboren sind. Ferner Friedensbediengte mit Karte, wenn sie glorios, den Anstrengungen, die der Krieg im besetzten Gebiet mit sich bringt, gewachsen zu sein.

Rathskeller und Bierhallen mit auffallenden Kriegsdekorationen und Gebeten sowie Personen, die in kriegswichtigen Betrieben tätig sind, können nicht eingeschlossen werden.

Die nächsten Bekanntmachungen sind bei der Kriegsamtstelle Lübeck zu erhalten.

Werken, welche färblich oder wärmlich erfolgen können, dienen die entsprechende Eltern Gebetskarte I. entgegen.

Stückstück, den 1. Februar 1918.

(517)

Kriegsamtstelle Altona.

Die Sammelstelle der Lübecker Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz,

Schildstr. 10, Adressat. 31a, Fernrufe 8954, 2320, 1968

erfährt der Versetzung für das Rote Kreuz.

Beispiel, Weißle, Gamm, Gamm, Holzen, Korten,

Lübeck, Kiel, Rostock, Schleswig, Flensburg.

Stückstück, den 1. Februar 1918.

(517)

Waisenhäus.

Die Schule zur Einschulung in das Waisenhaus für den Unterricht der Kinder der Friedenskinder der Legionen der Friedenskinder, dem 11. Februar um 9 Uhr, im Waisenhaus einzutreten.

Ergebnisse der Einschulung des Waisenhauses für die Friedenskinder.

Die Schule zur Einschulung des Waisenhauses für die Friedenskinder.

Stückstück, den 1. Februar 1918.

(517)

Danksagung.

Allen denen, die unsrer lieben Gefährten die letzte Ehre erwidern und den Berg so reich mit Gräbern schmücken, Herren Generäle Evers für seine treuen Worte danken Gott.

Georg Begier

und Kinder.

Stückstück, den 1. Februar 1918.

(517)

Die Brikettgruppe.

Bentner 35 Bieg.

ab Lager Wallholbinsel.

Christian Gädé,

534 Kohlenhandlung.

Konsumentverein

für Lübeck und Umgegend.

E. G. m. b. H.

Sonneberg Rothweinflaschen

werden in kleineren Posten ständig von unseren Warenabgabestellen, in größeren Posten von unserer Zentrale Hansastr. 160, aufgekauft. (521)

Brikettgruppe

Bentner 35 Bieg.

</

